Kai Kaspar, Lars Gräßer, Aycha Riffi (Hg.): Online Hate Speech: Perspektiven auf eine neue Form des Hasses

München: kopaed 2017 (Schriftenreihe zur digitalen Gesellschaft NRW, Bd.4), 191 S., ISBN 9783867364041, EUR 18,80

Mitgewirkt haben an der vorliegenden Dokumentation knapp 30 Expert_innen aus Medienbildung, -wissenschaft und -wirtschaft sowie medialer (vorwiegend

Internet-)Praxis als Autor_innen von rund 20 Fachaufsätzen und Gesprächspartner_innen in Interviews. Sie ist im Wesentlichen in vier Abschnitte geglie-

dert: 1. „Das Phänomen ‚Online Hate Speech‘“ (S.5), 2. „Die Akteur*innen“ (ebd.), 3. „Online Hate Speech in unterschiedlichen Bereichen“ (S.6) und 4. „Mögliche Umgangsformen und Gegenstrategien“ (ebd.); es folgt ein kurzes Resümee der Herausgeber_innen.

Einer der meistgebrauchten Kontext-Begriffe zu *Hate Speech* ist in diesem Buch freilich der des ‚Phänomens‘: Bereits dem Vorwort von Frauke Gerlach, Direktorin des Grimme-Institutes in Marl, ist zu entnehmen, dass dieses Werk auf eine Anregung der damaligen NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft aus dem Jahre 2016 zurückgeht, dem ‚Phänomen *Hate Speech*‘ im Internet durch die Entwicklung eines ‚Netzkodexes‘ wirksam zu begegnen. Folgerichtig findet sich diese Etikettierung auch in einer Vielzahl von Beiträgen wieder, offenbart aber keine darüber hinaus weisenden neuen Sichtweisen.

Obwohl in dieser Aufsatzsammlung „unterschiedliche Zugangsweisen vielschichtig diskutiert [werden sollen]“ (S.18) – der Klappentext spricht gar von einem „interdisziplinären Ansatz“, der Theorie und Praxis zu einem „umfassenden Werk“ vereine – erscheint dieser Anspruch ziemlich hoch gegriffen, ist der Erkenntnisgewinn, von wenigen Beiträgen abgesehen, doch eher mager. Ausgerechnet juristische Aspekte werden ausdrücklich nivelliert: Der Kölner Medienrechtler Tobias Brings-Wiesen kommt in seiner Darstellung der aktuellen deutschen Rechtslage in Bezug auf *Hate Speech* im Onlinebereich zu dem Fazit, es gebe „praktisch keine (speziellen) Vorschriften“ (S.46), die

brauche es aber auch nicht, da die bestehenden „allgemeinen Normen [...] entwicklungssoffen und einer dynamischen Auslegung zugänglich“ (ebd.) seien. Weder das aktuelle *Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken* („Netzwirkungsgesetz“|NetzDG) fand Brings-Wiesen erwähnenswert, noch die neuen EU-Datenschutzrichtlinien, die ebenfalls nach jahrelangen Kontroversen kürzlich in Kraft getreten sind. „Das Problem allerdings, dass Menschen im Internet Hass verbreiten, ist freilich durch das Recht alleine nicht lösbar“ (in: Amadeu Antonio Stiftung [Hg.] „*Geh sterben!*“ – *Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet*. Berlin, 2015, S.34), so äußerte sich schon 2015 der Rechtsanwalt Dr. Ansgar Koreng in einer lesenswerten Broschüre.

Der Medienpsychologe Kai Kaspar bilanziert in seinem Beitrag gleichwohl, der Verbreitung von *Hate Speech* sei unter anderem entgegenzuwirken, wenn ‚Hassredner_innen‘ unmittelbar negative Konsequenzen erfahren (vgl. S.68) – wichtig sei es, „Online Hate Speech (immer) zu attackieren und deutlich zu machen, dass dort die gleichen gesellschaftlichen (inklusive der rechtlichen) Spielregeln gelten wie offline“ (S.69). Da aber zunehmend Akteur_innen im Netz „technologisch vermittelte Hassformen (als) perfide Alltagswaffe [...], (als) Mittel professioneller Propaganda sowie (als) Geschäftsmodell“ (S.27) betrachteten, darüber hinaus „systematisch (und staatlich gesteuert) Gerüchte und Falschinformationen in Kommentarfeldern von europäischen und US-amerikanischen Online-Medien-

seiten gestreut“ (ebd.) würden, wie Julia Fleischhack darlegt, greift nicht nur Kaspars Ansatz schlicht zu kurz.

Im Interview bestätigt auch die Bloggerin und Netzaktivistin Franzi von Kempis diese Tendenz der Ratlosigkeit. „Da blickt ja keiner mehr durch, was jetzt gemeint ist – ich auch nicht“ (S.123) – berichtet und kommentiert dennoch fortwährend im Internet und empfiehlt Gelassenheit und Contenance „beim Hate-Wegdiskutieren“ (S.124). Andere (Gegen-)Strategien, wie Workshops mit Jugendlichen oder „eine digitale Erwachsenenbildung, die sowohl Medien- als auch politische Bildung umfasst, milieuspezifisch agiert und vor allem Debatten und Diskussionen

anstößt“ (S.152) mögen zwar nicht neu, aber zielgerichteter sein, insbesondere wenn sie beispielsweise institutionell an Schulen oder Jugendzentren angebunden sind.

Ob ‚aktive User_innen‘, ‚selbstreinigende Mechanismen‘, eine konstruktive ‚Kommentarkultur‘ und ein regional inspirierter ‚Netzkodex‘ ausreichen, um zukünftig „digitale und nicht digitale Räume anständig, also mit Anstand [besetzen zu können]“ (S.168) – so zugleich das Fazit wie der Ausblick der Herausgebenden – darf angesichts der globalen Herausforderungen der Internets füglich bezweifelt werden.

Detlef Pieper (Berlin)